



Gemeinderat

Protokoll Nr. 8 / 2010

Datum 16. Dezember 2010

Dauer 14.00 - 21.15 Uhr

Anwesend

Präsident Thomas Hensel

Mitglieder	Fritz Imholz	Romano Cahannes
	Jon Pult	Chantal Marti-Müller
	Fred Bieler	Josias F. Gasser
	Dr. Carla Maissen	Dr. Dominik Infanger
	Thomas Leibundgut	Lucrezia Bernetta
	Anita Mazzetta	Rita Cavegn Hänni
	Cornelia Crüzer Ettisberger	Beda Frei
	Reto A. Lardelli	Franco Lurati
	Andy Kollegger	Gieri Derungs
	Tina Gartmann-Albin	Christian Durisch

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 11. November 2010
2. Ersatzwahl in die Kulturkommission für den Rest der Amtsperiode 2009 - 2012
3. Aussetzen der Volksabstimmung zum Ladenöffnungsgesetz (neu)
4. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung;
Bericht der Vorberatungskommission Nr. 6/2010
Botsch. Nr. 30/2010
5. Voranschlag 2011 / GPK-Bericht Botsch. Nr. 44/2010
 - a) Stadt Chur
Teuerungsausgleich für das Jahr 2011 / Stellungnahme zu den
Änderungsanträgen der GPK zum Voranschlag 2011
 - b) IBC Energie Wasser Chur (Kenntnisnahme)
6. Auftrag Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend Einführung eines
flexiblen Kindergarten-Aufnahmeverfahrens; Bericht Nr. 45/2010
7. Auftrag Luca Tenchio und Mitunterzeichnende betreffend regelmässiges
Monitoring und Berichterstattung in Sachen vorschulische familien-
ergänzende Kinderbetreuung; Bericht Nr. 46/2010
8. Auftrag der GPK betreffend Vorfall beim Bau des Käsereikellers Alp Maran;
Antrag auf Fristverlängerung
9. Interpellation Anita Mazzetta und Mitunterzeichnende betreffend Aufarbeitung
der administrativen Zwangsmassnahmen und Wiedergutmachung; Antwort Nr. 47/2010
10. Wahl des Präsidiums 2011
11. Wahl des Vizepräsidiums 2011

- **Antrag Gemeinderatspräsident**

„Es sei ein neues Traktandum 3 „Aussetzen der Volksabstimmung zum Ladenöffnungsgesetz“ einzufügen“.

Der **Gemeinderatspräsident** begründet seinen Antrag mit einem Auftrag zum Thema, den er heute einreichen werde. Der Entscheid über eine allfällige Aussetzung müsse heute zu Beginn der Sitzung gefällt werden; zur Einhaltung der Fristen für den Druck und die Zusendung der Abstimmungsunterlagen sei das „Gut zum Druck“ für den Abstimmungstermin vom 13. Februar 2011 heute zu erteilen.

**Abstimmung:**

Der Antrag wird mit 20 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

1. Protokoll der Sitzung vom 11. November 2010

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.

2. Ersatzwahl in die Kulturkommission für den Rest der Amtsperiode 2009 - 2012

Mit SRB 585 vom 22. November 2010 schlägt der Stadtrat Martin Heim, dipl. Architekt ETH/SIA, Chur, zur Wahl in die Kulturkommission vor.

Abstimmung:

Martin Heim wird einstimmig in die Kulturkommission gewählt.

3. Aussetzen der Volksabstimmung zum Ladenöffnungsgesetz (neu)

Für die Behandlung dieses Traktandums übernimmt **Vizepräsident Bieler** den Vorsitz.

- **Antrag Hensel**

“Die Volksabstimmung über die Teilrevision des Ladenöffnungsgesetzes, gemäss Beschluss des Gemeinderates vom 11. November 2010, ist so lange auszusetzen, bis der Gemeinderat über den heute eingereichten Auftrag Beschluss gefasst hat.“

Hensel begründet seinen Antrag damit, dass zwischen der IG Churer Handel und der Gewerkschaft Unia eine Lösung erarbeitet worden sei. Ein entsprechender Auftrag werde heute eingereicht.

Infanger teilt mit, er werde sich der Stimme enthalten, da der Stadtrat für die Festsetzung von Abstimmungsterminen zuständig sei.



Der **Stadtpräsident** erklärt, er habe anlässlich der letzten Gemeinderatssitzung ausgeführt, dass die Vorlage so rasch als möglich dem Volk vorgelegt werden solle; entsprechend sei der 13. Februar 2011 als Abstimmungstermin festgelegt worden. Damit sich der Stadtrat nicht dem Vorwurf aussetze, er verzögere die Abstimmung, solle der Gemeinderat entscheiden.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 15 zu 1 Stimme bei 5 Enthaltungen angenommen.

4. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung; Bericht der Vorberatungskommission

Der **Gemeinderatspräsident** verliest den Antrag der Vorberatungskommission auf Seite 5 ihres Zwischenberichts vom 7. Dezember 2010 und denjenigen des Stadtrates (SRB 635 vom 13. Dezember 2010).

Antrag der Vorberatungskommission

- *Der Gemeinderat nimmt vom Zwischenbericht der Kommission zur Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung Kenntnis.*
- *Die Kommission setzt ihre Arbeit fort und unterbreitet dem Gemeinderat anlässlich der ersten Gemeinderatssitzung im Jahre 2011 weitere Massnahmen zur Verbesserung des strukturellen Defizits.*
- *Die Kommission beantragt Ihnen, den Anträgen zur Budgetverbesserung gemäss Beilage I in der Budgetdebatte zuzustimmen.*
- *Der Antrag auf Erhöhung des Steuerfusses auf 95 % der einfachen Kantonssteuer wird in der Budgetdebatte gestellt.*

Antrag des Stadtrates

1. *Die von der Vorberatungskommission beantragte Erhöhung des Gemeindesteuerfusses auf 95 % wird abgelehnt.*
2. *Die von der Vorberatungskommission beantragte Sistierung des Stufenanstiegs für das städtische Personal wird abgelehnt.*



3. *Folgende weitere, von der Vorberatungskommission zur Umsetzung beantragten Massnahmen werden abgelehnt (die Kontobezeichnungen beziehen sich auf den Kommissionsbericht und nicht auf den Voranschlag):*

- *(Neu) Beitrag Stadtbuss AG (- Fr. 100'000.--)*
- *9000-01 Ersatz mitschreitende interne Kontrolle (Finanzkontrolle) (- Fr. 50'000.--): im 2011 nicht realisierbar*
- *1800-34 Preiserhöhung Hotelparkkarten (- Fr. 6'000.--): Zuständigkeit Stadtrat*
- *3050-02 Schreinerei auflösen (- Fr. 50'000.--): im 2011 nicht realisierbar*
- *3050-11 Wassermenge und Betrieb Mühlbach reduzieren (- Fr. 70'000.--): im 2011 nicht realisierbar*

DISKUSSION

Eintreten ist unbestritten.

Kommissionspräsident Derungs führt aus, in ihrem Bericht wolle die Kommission dem Gemeinderat verschiedene Möglichkeiten aufzeigen, damit im Jahr 2011 die Laufende Rechnung verbessert werden könne und sich der Anstieg der Verschuldung in Grenzen halte. Bei der Durchsicht des Berichts Ern habe die Kommission festgestellt, dass die Prüfung der vorgeschlagenen Massnahmen sehr viel Zeit erfordere. Als Sparbeitrag des Personals werde eine Sistierung des Stufenanstiegs vorgeschlagen, im Wissen, dass diese Massnahme nur rund 70 % der Angestellten treffe. Diese Massnahme sei in der Personalverordnung ausdrücklich vorgesehen und solle im Jahr 2012 durch eine Umfinanzierung bei der Pensionskasse abgelöst werden. Um der Neuverschuldung die Spitze zu brechen, sehe die Kommission zudem keine andere Möglichkeit, als eine Steuererhöhung von 5 % zu beantragen. Sie seien überzeugt, dass sie Massnahmen aufzeigen könnten, mit welcher diese Erhöhung für das Jahr 2012 wieder rückgängig gemacht werden könne. Er betone, dass die Kommission mit Ausnahme eines Minderheitsantrags sämtliche Anträge einstimmig gefällt habe.

Der **Gemeinderatspräsident** orientiert, dass die ersten beiden Kommissionsanträge im Rahmen dieses Traktandums, die anderen beiden im Rahmen des Voranschlags behandelt werden.

Sein Hauptanliegen sei die Vermeidung eines Schuldenbergs für die kommenden Generationen, führt Kommissionsmitglied **Imholz** aus. Er stelle fest, dass sich die Churerinnen und Churer für die Stadtfinanzen interessierten und diese in Ordnung haben wollten. Was er per-



sönlich sehr stark gewichte, sei die Ausschau ins 2012 und 2013. Er denke an die Totalsanierung des Quaderschulhauses, welche diese Investitionsrechnungen erheblich belasten werde. Hinzu kämen gewichtige Investitionen in die Alters- und Pflegeheime oder die Beiträge an die Brambrüeschbahn.

Kommissionsmitglied **Pult** teilt Imholz' Analyse, sieht jedoch weitere Ursachen. Zum einen den Trend, dass der Kanton den Gemeinden Aufgaben in Bereichen übertrage, die gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprächen (z.B. Schulsozialarbeit, Pflegefinanzierung), zum anderen die kantonale Steuerpolitik, welche dazu geführt habe, dass weniger Steuern bezahlt werden müssten; dadurch sei der Stadt aber Substrat entzogen worden. Die Stadt müsse besseres politisches Lobbying betreiben.

Kommissionsmitglied **Gasser** bezeichnet es als Chance, in finanzpolitischer Hinsicht nicht die gleichen Fehler zu machen als andernorts. Die Kommission habe unvoreingenommen, engagiert und sachbezogen diskutiert mit dem Ziel, die Stadtfinanzen ins Lot zu bringen. Die finanziellen Probleme dürften nicht der nächsten Generation aufgebürdet werden. Es sei bedauerlich, dass der Stadtrat den Ball der Kommission nicht aufgenommen habe.

Kommissionsmitglied **Infanger** zitiert den Stadtpräsidenten, der anlässlich der Juni-Sitzung gesagt habe, er sei gespannt, welche „heiligen Kühe“ man zu opfern bereit sei. Die Vorberatungskommission habe diesbezüglich den Handlungsbedarf erkannt, und er frage sich, wo die heiligen Kühe des Stadtrates seien.

Durisch findet, man könne nicht alle Schuld dem Kanton zuschieben; auch der Gemeinderat habe Entscheide gefällt, die zu Mehrkosten geführt hätten. Mit dem Vorgehen der Kommission sei er nicht einverstanden. Eine Steuererhöhung sei dann diskutabel, wenn eine Gesamtschau der Kommissionsanträge vorliege.

Der **Stadtpräsident** erklärt, es bestehe ein Konsens, dass sowohl Leistungen abgebaut als auch Mehreinnahmen generiert werden müssten.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass der Rat von den Ziff. 1 und 2 der Kommissionsanträge Kenntnis genommen hat.



5. Voranschlag 2011 / GPK-Bericht

a) Stadt Chur

Teuerungsausgleich für das Jahr 2011 / Stellungnahme zu den Änderungsanträgen der GPK zum Voranschlag 2011

Mit Botschaft Nr. 44/2010 beantragt der Stadtrat:

1. *Der Voranschlag für das Jahr 2011 mit Aufwendungen von Fr. 244'072'400.-- und Erträgen von Fr. 234'553'500.-- sowie einem Aufwandüberschuss von Fr. 9'518'900.-- wird genehmigt.*
2. *Der Steuerfuss für das Jahr 2011 beträgt unverändert 90 % der einfachen Kantonssteuer.*
3. *Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2011 betragen Fr. 17'000'000.-- (Plafond).*
4. *Der Stellenplan für das Jahr 2011 beträgt 76'737 Soll-Stellenprozente (767.37 Vollzeit-Stellen).*
5. *Die Ersatzabgabe (Feuerwehrrpflicht) für das Jahr 2011 beträgt unverändert Fr. 90.--.*

Mit Bericht vom 18. November 2010 beantragt die Geschäftsprüfungskommission (GPK):

1. *Im Juni 2011 legt der Stadtrat dem Gemeinderat den IAFP 2012-2015 vor. Der IAFP soll spätestens bis zum Jahre 2015 eine ausgeglichene Laufende Rechnung und eine Investitionsrechnung mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 100 % vorweisen. Dabei ist der Investitionsplafond von mindestens 17 Millionen Franken einzuhalten.*
2. *Mit dem IAFP ist der GPK und dem Gemeinderat ein detaillierter Bericht vorzulegen, mit welchen Massnahmen der Stadtrat den Antrag unter Ziffer 1 umsetzen will. Insbesondere soll der Bericht darlegen, wie die Personalkosten ohne Entlassungen gesenkt werden können.*
3. *Eine Erhöhung der Steuern, Abgaben, Gebühren und Bussen soll soweit als möglich vermieden werden.*
4. *Die künftig von der Vorberatungskommission der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung des Gemeinderates vorgeschlagenen und vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen für das Jahr 2011 sind ohne Verzug umzusetzen, sodass diese bereits im Jahre 2011 erfolgswirksam werden.*



5. *Die GPK beantragt unter Vorbehalt der gemeinderätlichen Genehmigung der Anträge unter den Ziffern 1 bis 4 und unter Berücksichtigung der von der GPK vorgeschlagenen und im Gemeinderat beschlossenen Korrekturen den Voranschlag und den Stellenplan für das Jahr 2011 zu genehmigen.*
6. *Die Nettoinvestitionen sind auf 17 Mio. Franken zu plafonieren.*

Mit Beschluss vom 29. November 2010 (SRB 609) beantragt der Stadtrat:

1. *Die städtischen Gehälter sowie der Ausgleich für die Rentenbeziehenden bleiben auf dem Stand der Lohntabelle 2009. Sollte der Landesindex der Konsumentenpreise, Stand November, eine Teuerung ausweisen, so wäre diese gestützt auf Art. 46 Abs. 2 PVO zu einem späteren Zeitpunkt auszugleichen.*
2. *Unter Berücksichtigung der gemäss GPK-Bericht vorgeschlagenen Korrekturen, jedoch ohne die beantragten Änderungen gemäss Ziff. 3, ergibt sich bei einem Aufwand von Fr. 242'325'500.-- und einem Ertrag von Fr. 233'908'900.-- ein Aufwandüberschuss von Fr. 8'416'600.--. Daraus resultieren ein Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 14'094'400.-- und ein Selbstfinanzierungsgrad von 17.1 %.*
3. *Der Stadtrat wendet sich gegen die von der GPK zur Streichung vorgeschlagenen, folgenden Positionen:*

Stellenplan

Kindergartenlehrperson (Seite 72), es müssen neu + 100 Stellenprozente aufgenommen werden, wenn die 236 Stellenprozente gestrichen werden

Fachstelle Altersfragen (Seite 73) - 80 %

Zahnarzt/Zahnärztin (Seite 73), Dentalassistentin kann infolge der Reduktion um 60 % bei 48106 Zahnarzt/Zahnärztin von 160 Stellenprozenten auf 120 reduziert werden (20 % Reduktion sind bereits bei 48112 erfasst)

Sekretär/in Hochbauamt (Seite 74), Streichung der im Dezember 2009 bewilligten Stelle von - 50 %



Laufende Rechnung

Konto 5003.3170.000, Stadtrat (Seite 14), "Empfänge, Reise- und Verpflegungszulagen": (- Fr. 20'000.--)

Konto 5003.3650.000, Stadtrat (Seite 14), "Freier Kredit des Stadtrates": (- Fr. 35'000.--)

Konto 1000.3192.000, Stadtschreiber und Kanzlei (Seite 15), "Bundesfeier": (- Fr. 20'000.--)

Konto 1001.3650.000, Ausgehende Beiträge (Seite 16), "Betriebsbeitrag an Stadtbus Chur AG": (- Fr. 60'000.--)

Konto 1500.3090.000, Amt für Telematik (Seite 26), "Aus- und Weiterbildung": (- Fr. 10'000.--)

Konto 1810.3111.000, Stadtpolizei (Seite 29), "Anschaffung Geräte, Maschinen, Mobiliar": (- Fr. 50'000.-- sowie -Fr. 7'300.--)

Konto 1810.4344.000, Stadtpolizei (Seite 30), "Gebühren aus Parkuhren": (- Fr. 455'000.--)

Konto 1810.4390.000, Stadtpolizei (Seite 30), "Übrige Einnahmen": (- Fr. 30'000.--)

Konto 2010.3020.000, Kindergärten (Seite 33), "Löhne" und Konto 2010.3030.000 "Sozialleistungen": Sollte dem Antrag der GPK zum Stellenplan hinsichtlich zweisprachiger Kindergärten stattgegeben werden, müsste zwingend ein neuer deutschsprachiger eröffnet werden. Die Lohnkosten hierfür betragen + Fr. 33'155.-- und die Sozialleistungen + Fr. 5'882.--

Konto 2020.3130.000, Volksschulen (Seite 34), "Verbrauchsmaterial, Reinigungsmaterial": (- Fr. 15'000.--)

Konto 2020.3153.000, Volksschulen (Seite 34), "Unterhalt Mobiliar und Turngeräte": (- Fr. 28'000.--)

Konto 3100.3010.000, Hochbauverwaltung (Seite 55), "Löhne": (- Fr. 30'000.--)



Konto 3100.3183.000, Hochbauverwaltung (Seite 55), "Honorare für Ingenieure und Architekten": (- Fr. 60'000.--, Massnahmen Energiestadt)

Investitionsrechnung

Konto 25.5030, Stadtpolizei, Büroeinbau, (- Fr. 150'000.--)

Konto 35.5060, Stadtpolizei, Parkierungsautomaten (- Fr. 500'000.--)

Konto 40.5030, Stadtbaumgarten, Heizung Turnhalle (- Fr. 320'000.--); die Heizung ist am 23. November 2010 ausgestiegen

Mit dem Plafond von 17 Mio. Franken gemäss Vorschlag der GPK ist der Stadtrat einverstanden.

Für die Behandlung dieses Geschäfts nehmen Georg **Flepp** und Peter **Guidali** von der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung Einsitz, seitens GPK die Mitglieder **Claus** und **Theus**.

EINTRETEN

Eintreten ist unbestritten.

LAUFENDE RECHNUNG

Anträge von GPK oder Vorberatungskommission, welche nicht bestritten werden, gelten als genehmigt (Art. 43 Abs. 2 GO GR).

**DETAILBERATUNG (DIENSTSTELLENWEISES VORGEHEN)****DEPARTEMENT 1****Stadtrat****5003.3710.000, Empfänge, Reise- und Verpflegungszulagen**

- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 15'000.--

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 20 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

5003.3650.000, Freier Kredit des Stadtrates

- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 35'000.--
- **Kürzungsantrag** Lardelli auf Fr. 60'000.--

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 11 Stimmen, auf den Antrag Lardelli 9 bei 1 Enthaltung.

Auf den Antrag der GPK entfallen 16 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 5.

Stadtkanzlei**1000.3192.000, Bundesfeier**

- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 10'000.--

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird mit 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

1001.3650.000, Betriebsbeitrag an Stadtbus Chur AG

- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 2'100'000.--
- **Kürzungsantrag** der Vorberatungskommission auf Fr. 2'000'000.--

**Abstimmung:**

Auf den Antrag der GPK entfallen 9, auf den Antrag der Vorberatungskommission 12 Stimmen.

Auf den Antrag der Vorberatungskommission entfallen 17 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 3 Stimmen bei 1 Enthaltung.

1001.3655.007, Chur Tourismus

- **Kürzungsantrag** Bieler um 10 % auf Fr. 360'000.--

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 12 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

1001.3655.039, Schlagerparade

- **Antrag** Bieler

„Folgende Positionen seien wie folgt zu kürzen:

- Schlagerparade auf Fr. 8'000.--...
- Schlossoper auf Fr. 24'000.--
- Langer Samstag auf Fr. 12'000.--„

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 13 zu 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Personalamt**Aussetzen Stufenanstieg**

- **Antrag** der Vorberatungskommission

„Der Stufenanstieg für das Personal sei für das Jahr 2011 zu sistieren.“

Dieser Antrag ist umstritten. Die Gegner einer Sistierung argumentieren primär mit der Ungleichbehandlung des Personals, da diese Massnahme nur rund zwei Drittel der Angestellten treffen würde. Die Befürworter verweisen auf Art. 41 Abs. 3 PVO, wonach der Stufenanstieg unter Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt ausgesetzt werden kann.

**Abstimmung:**

Auf den Antrag der Vorberatungskommission entfallen 14 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 6 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Nachzahlung von Zulagenvergütungen

- **Antrag Cahannes**

„Es sei der Betrag von Fr. 294'000.-- zur Nachzahlung von Zulagenvergütungen in den Voranschlag 2011 aufzunehmen.“

An seiner Sitzung vom 30. März 2009 habe der Stadtrat neu Art. 77a in die Ausführungsbestimmungen zur PVO aufgenommen, welcher der bundesgerichtlichen Rechtsprechung Rechnung trage, führt **Cahannes** aus. Gestützt auf den Auftrag Tenchio habe der Gemeinderat am 22. Oktober 2009 beschlossen, den betroffenen Mitarbeitenden die Nachzahlungen rückwirkend ab 1. Januar 2006 zu gewähren. Der Vorschlag des Stadtrates, im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung auf diesen Entscheid zurückzukommen und die Nachzahlungen lediglich ab 1. Januar 2009 auszurichten, verletze die Rechtsprechung des Bundesgerichts.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

1100.3090/Kontogruppe 3094, Weiterbildungskosten

- **Antrag Imholz**

„Die Konti 3094 der Dienststellen seien um Fr. 24'000.-- zu kürzen. Die Mehrausgaben seien mittels Kreditbegehren zu stellen und gleichzeitig die Entlastung bei den bis anhin benutzten Konten vorzunehmen und durch die GPK zu kontrollieren.“

Abstimmung:

Auf den Antrag entfallen 8 Ja- sowie 8 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen; mit **Stichentscheid** des Gemeinderatspräsidenten wird er **abgelehnt**.



Finanzkontrolle

- **Antrag** der Vorberatungskommission

„Ersatz mitschreitende Kontrolle durch externe Revision der städtischen Buchhaltung“

Der **Stadtpräsident** führt aus, diese Massnahme sei im Jahr 2011 nicht realisierbar, da man mit den Abklärungen noch nicht so weit sei.

Kommissionspräsident Derungs zieht den Antrag aufgrund der Aussage des Stadtpräsidenten zurück.

Amt für Telematik

1500.3090.000, Aus- und Weiterbildung

- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 20'000.--

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 15 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 4 Stimmen.

Stadtpolizei

- **Antrag** Vorberatungskommission
„Preiserhöhung der Hotelparkkarten“

Der **Stadtpräsident** führt aus, der Stadtrat sei für diese Preiserhöhung zuständig und wolle dies auch tun.

1810.3110.000, Anschaffung Geräte, Maschinen, Mobiliar

- **Kürzungsantrag** GPK auf Fr. 22'300.--

Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.



- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 15'000.--

Die Abstimmung zu diesem Antrag ist von der Investition 25.5080 „Stadtpolizei - Büro-einbau“ abhängig; der entsprechende Streichungsantrag der GPK wurde angenommen. Damit gilt auch der vorliegende Kürzungsantrag der GPK als angenommen.

1810.4344.000, Gebühren aus Parkuhren

- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 1'230'000.--
- **Erhöhungsantrag** Gebühren öffentlicher Parkplätze der Vorberatungskommission + Fr. 350'000.--
- **Erhöhungsantrag** Gebührenpflicht Parkplätze generell der Vorberatungskommission + Fr. 400'000.--

Da diese Anträge von der Zustimmung zur Investition „Parkierungsautomaten“ abhängig sind, wird an dieser Stelle über ein Vorhaben aus der Investitionsrechnung abgestimmt. Der Stadtrat hat beschlossen, die Parkgebühren zu erhöhen bzw. neu einzuführen, jedoch unter dem Vorbehalt der Zustimmung zum Voranschlag 2011 durch den Gemeinderat.

→ **Exkurs Investitionsrechnung**, Anschaffung Parkautomaten (Pos. 35.5060)

Abstimmung:

Auf den Streichungsantrag der GPK entfallen 8, auf den Antrag des Stadtrates 13 Stimmen.

Abstimmung:

Die Anträge der Vorberatungskommission, die Gebühren um insgesamt Fr. 750'000.-- zu erhöhen, werden einstimmig angenommen.

1810.4390.000, Übrige Einnahmen

- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 37'000.--

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 19 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung angenommen.



DEPARTEMENT 2

Stadtschule

Kindergärten

- **Antrag** Vorberatungskommission

„Kein zweisprachiger Kindergarten deutsch/romanisch“

„Kein zweisprachiger Kindergarten deutsch/italienisch“

- **Minderheitsantrag** Pult/Gasser

„Die zweisprachigen Kindergärten deutsch/romanisch und deutsch/italienisch sind weiterzuführen. Dafür ist das

Konto 2010.3020.000 auf Fr. 2'974'800.-- und das

Konto 2010.3030.000 auf Fr. 550'960.-- zu erhöhen.“

Abstimmung:

Der Minderheitsantrag Pult/Gasser wird mit 12 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

2020.3130.000, Verbrauchsmaterial, Reinigungsmaterial

- **Kürzungsantrag** GPK auf Fr. 90'000.--

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber teilt mit, dass es im Falle einer Annahme des Antrags zur Überschreitung des Budgets kommen werde, da Fr. 90'000.-- erfahrungsgemäss nicht ausreichend seien.

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 17 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 4 Stimmen.

Tagesschule Passugg

- **Antrag** Leibundgut

Aufgrund der eingereichten Volksinitiative zur „Qualitätssicherung der Stadtschule Chur“ möchte Leibundgut eine Position für die Tagesschule Passugg in den Voranschlag aufnehmen.



Aufgrund der Ausführungen des **GPK-Präsidenten** zieht Leibundgut seinen Antrag zurück.

2020.3153.000, Unterhalt Mobiliar und Turngeräte

- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 72'000.--

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber führt aus, wenn die Geräte nicht mehr den Sicherheitsanforderungen entsprächen, müssten sie ersetzt werden. Auch hier werde der Voranschlag voraussichtlich nicht eingehalten werden können.

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 14 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 6 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Ausgehende Beiträge an Berufsschulen

Cahannes führt aus, dass die Auslegung von Art. 89 der Kantonsverfassung gegen die Beteiligung der Gemeinden an den Kosten des Untergymnasiums und des Berufsschulwesens spreche. Der Voranschlag 2011 enthalte insgesamt Fr. 5'932'900.-- an solchen Beiträgen, welche verfassungswidrig seien. Es wäre sachgerecht, diese Beträge unter dem Vorbehalt der Rückforderung zu leisten, wobei der Stadtrat zu verpflichten wäre, bis spätestens zur Vorlage des IAFP mit der Regierung die Verfassungsmässigkeit zu klären.

Soziale Dienste

2660.3652.001 - 2660.3652.033

- **Kürzungsantrag** der GPK: Einsparungen von 20 % über alle Konti
- **Antrag** Gartmann auf Kürzung um 10 %

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 11 Stimmen, auf den Antrag Gartmann 10 Stimmen.



DEPARTEMENT 3

Tiefbau- und Vermessungsamt

Werkbetrieb

- **Anträge** der Vorberatungskommission
 - Schreinerei auflösen
 - Wassermenge und Betrieb Mühlbach reduzieren
 - Schneeabfuhr reduzieren
 - Kartonsammlung reduzieren
 - Optimierung Abfall Leistungsgruppen Strassenraum, Unterhalt und Erneuerung

Stadtrat Tremp führt aus, der Stadtrat wende sich nicht gegen die fünf Anträge der Vorberatungskommission. Anfangs 2011 werde ein Projekt „Reorganisation Werkhöfe“ lanciert, bei welchem die Schreinerei einen Teil bilden werde. Er bitte die Vorberatungskommission deshalb, ihren Antrag zur Schreinerei zurückzuziehen. Was die Wassermenge des Mühlbachs anbelange, so bestünden gestützt auf das einschlägige Gesetz gewisse Verpflichtungen, doch sollte es möglich sein, die Wassermenge beim Obertorer Mühlbach zu reduzieren, doch sei die von der Kommission beantragte Kürzung zu hoch.

Kommissionspräsident Derungs zieht den Antrag zur Schreinerei zurück. Die Kommission erwarte, dass in den erwähnten Bereichen des Werkbetriebs Taten folgten. Der Antrag betr. Reduktion der Wassermenge in den Mühlbächen wird um die Hälfte auf Fr. 35'000.-- gekürzt.

Der geänderte Antrag der Vorberatungskommission „Mühlbach“ gilt mangels Gegenantrag als genehmigt.

Hochbauamt

3100.3010.000, Löhne

- **Kürzungsantrag** der GPK auf 396'600.--

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 17 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 3 Stimmen.

**3100.3183.000, Honorare für Ingenieure und Architekten**

- **Kürzungsantrag** der GPK auf Fr. 350'000.--

Der Stadtrat wendet sich gegen die Streichung der Massnahme Energiestadt von Fr. 60'000.--; **Stadtrat Tresp** erklärt, dass der Stadtrat hier mit einer Streichung von neu Fr. 30'000.-- einverstanden wäre.

GPK-Präsident Frei zieht den Teil-Antrag „Energiestadt“ von Fr. 60'000.-- zurück; der modifizierte Antrag bleibt unbestritten.

- **Kürzungsantrag** Infanger auf Fr. 350'000.--

Abstimmung:

Auf den Antrag Infanger entfallen 5 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

INVESTITIONSRECHUNG**Liegenschaftenverwaltung, Verwaltungsvermögen****25.5030, Stadtpolizei Büroeinbau**

- **Streichungsantrag** der GPK (Fr. 150'000.--)

Der **Stadtpräsident** macht Ausführungen zu den veränderten Raumbedürfnissen und erklärt, dass ein Betrag von Fr. 100'000.-- ausreichen würde.

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 19 Stimmen, auf den geänderten Antrag des Stadtrates 2 Stimmen.

Stadtpolizei**35.5060, Parkierungsautomaten**

vgl. Laufende Rechnung, Departement 1, Stadtpolizei



Stadtschule

40.5030, Stadtbaumgarten, Heizung Turnhalle

- **Antrag** der GPK auf Streichung von Fr. 320'000.--

Cahannes findet es wichtig, dass eine neue Heizungslösung zukünftige Investitionen auf diesem Areal nicht präjudiziert. **Stadtrat Tresp** erklärt, diese Zusicherung könne er geben.

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 16 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 5 Stimmen.

- **Antrag** Imholz

- „1. Für das Projekt „Umbau Sportplatz Ringstrasse: Umkleidekabinen, Duschen, WC-Anlagen, Schiedsrichterkabinen etc. seien Fr. 492'000.-- in die Investitionsrechnung 2011 aufzunehmen.“
2. Das Investitionsvorhaben 86.5010 Quaderplatz Sportplatzsanierung im Betrag von Fr. 120'000.-- sei zu streichen.
3. Der Investitionsplafonds 2011 sei um Fr. 350'000.-- auf 17.35 Mio. Franken zu erhöhen.“

Der **Stadtpräsident** führt aus, man habe im Jahr 2010 eine Container-Lösung geplant, welche Chur 97 jedoch nicht genügt habe. Nun solle der im Voranschlag 2010 enthaltene Betrag ins 2011 transferiert werden, zusätzlich werde eine andere dringende Investition zur Streichung beantragt. Der Antragsteller schaue gewöhnlich auf jeden Franken, im vorliegenden Fall sei man aber nicht einmal bereit, die Ergebnisse der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung abzuwarten. Hinzu komme, dass das GESAK sistiert sei und mit dem Antrag ein Präjudiz geschaffen werde.

Abstimmung:

Der Antrag Imholz wird mit 13 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.



STELLENPLAN

Finanz- und Liegenschaftenverwaltung

- **Antrag** der GPK auf Reduktion des Sollbestandes um 100 % (Baumanager)

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 13 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 6 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Stadtschule

40121, Kindergartenlehrperson

GPK-Präsident Frei zieht den Antrag betr. Nichtaufnahme von 236 Prozenten in den Stellenplan zurück.

Schulzahnklinik

- **Antrag** Frei auf Reduktion des Solls der Stelle-Nr. 48110 um 40 %

Mangels Gegenantrag ist der Antrag genehmigt.

Soziale Dienste

55127, SB Fachstelle Altersfragen

- **Antrag** der GPK auf Reduktion des Stellensolls um 80 %

Abstimmung:

Auf den Antrag der GPK entfallen 6 Stimmen, auf den Antrag des Stadtrates 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen.



Hochbauamt

80100, Sekretär/in Hochbauamt

vgl. Laufende Rechnung, Hochbauamt, Konto 3100.3010.000, Löhne

TEUERUNGSAusGLEICH

Keine Wortmeldungen.

Schlussabstimmungen:

1. Im Juni 2011 legt der Stadtrat dem Gemeinderat den Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2012-2015 vor. Der IAFP soll spätestens bis zum Jahre 2015 eine ausgeglichene Laufende Rechnung und eine Investitionsrechnung mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 100 % vorweisen. Dabei ist der Investitionsplafond von mindestens 17 Millionen Franken einzuhalten (einstimmig).
2. Mit dem IAFP ist der GPK und dem Gemeinderat ein detaillierter Bericht vorzulegen, mit welchen Massnahmen der Stadtrat den Antrag unter Ziffer 1 umsetzen will. Insbesondere soll der Bericht darlegen, wie die Personalkosten ohne Entlassungen gesenkt werden können (18 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen).
3. Eine Erhöhung der Steuern, Abgaben, Gebühren und Bussen soll soweit als möglich vermieden werden (11 Ja- und 10 Nein-Stimmen).
4. Die künftig von der Vorberatungskommission der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung des Gemeinderates vorgeschlagenen und vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen für das Jahr 2011 sind ohne Verzug umzusetzen, sodass diese bereits im Jahre 2011 erfolgswirksam werden (einstimmig).
5. Der Voranschlag für das Jahr 2011 mit Aufwendungen von Fr. 241'125'500.-- und Erträgen von Fr. 238'994'900.-- sowie einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'130'600.-- wird genehmigt (einstimmig).
6. Der Steuerfuss für das Jahr 2011 beträgt 95 % der einfachen Kantonssteuer (16 Ja- und 5 Nein-Stimmen).



7. Die Nettoinvestitionen für das Jahr 2011 betragen Fr. 17'350'000.-- (Plafond, 16 Ja- und 4 Nein-Stimmen).
8. Der Stellenplan für das Jahr 2011 beträgt 76'297 Soll-Stellenprozente (762.97 Vollzeit-Stellen; 15 Ja- und 4 Nein-Stimmen).
9. Die Ersatzabgabe (Feuerwehrrpflicht) für das Jahr 2011 beträgt unverändert Fr. 90.-- (einstimmig).

Sämtliche bereinigten Ziff. 1 - 9 werden **einstimmig** genehmigt.

b) Budget 2011 IBC Energie Wasser Chur (Kenntnisnahme)

Gestützt auf Art. 15 Abs. 3 IBC-Gesetz (RB 811) nimmt der Gemeinderat Kenntnis vom Budget 2011 der IBC.

Kollegger vertritt die Ansicht, der Stufenanstieg müsse auch bei den IBC ausgesetzt werden.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt Kenntnisnahme fest.

8. Auftrag der GPK betreffend Vorfall beim Bau des Käsereikellers Alp Maran; Antrag auf Fristverlängerung

Mit SRB 589 vom 22. November 2010 ersucht der Stadtrat den Gemeinderat, die Frist zur Behandlung des Auftrags der GPK betreffend Vorfall beim Bau des Käsereikellers Alp Maran, gestützt auf Art. 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, bis spätestens zur Sitzung vom Juni 2011 zu erstrecken.

Abstimmung:

Die Frist wird einstimmig bis zur Sitzung vom Juni 2011 erstreckt.



10. Wahl des Präsidiums 2011

Fred **Bieler** (CVP) wird offen und einstimmig bei 1 Enthaltung zum Gemeinderatspräsidenten gewählt.

11. Wahl des Vizepräsidiums 2011

Tom **Leibundgut** (Freies Grünes Bündnis) wird offen und einstimmig bei 1 Enthaltung zum Gemeinderats-Vizepräsidenten gewählt.

Dem Vorschlag des **Gemeinderatspräsidenten**, die restlichen Vorstösse (Traktanden 6, 7 und 9) auf die nächste Sitzung zu verschieben, erwächst kein Widerspruch.

Der **Gemeinderatspräsident** verabschiedet Frau Crüzer, würdigt ihre Arbeit für den Rat und übergibt ihr ein Geschenk.

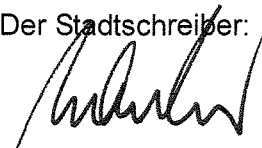
Eingang parlamentarischer Vorstösse

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag Thomas Hensel und Mitunterzeichnende betr. Anpassung des Ladenöffnungsgesetzes (LoeG)
- Auftrag Christian Durisch betr. Selbständige Gesellschaften der Stadt Chur - Öffnung zur Beteiligung durch Dritte
- Interpellation Christian Durisch betr. Kreisel Obertor

Chur, 3. Januar 2011

Der Stadtschreiber:


Markus Frauenfelder

Thomas Hensel, Gemeinderatspräsident

M. Frauenfelder, Stadtschreiber

Auftrag betr. Anpassung des Ladenöffnungsgesetzes (LOeG)

Das geltende Gesetz über die Ladenöffnungszeiten vom 12. März 2000 regelt die Öffnungszeiten von Läden der Detailhandels- und Dienstleistungsbetriebe sowie von Kiosken. Die Interessengemeinschaft des Churer Handels (IG Churer Handel) sowie die Gewerkschaft UNIA haben anlässlich einer Verhandlungsrunde die aktuelle Situation der Churer Ladenöffnungszeiten, die veränderten Kundenbedürfnisse, die gleichwertigen Anliegen des Churer Detailhandels wie der Arbeitnehmenden im Verkauf diskutiert. Dabei ist ein gemeinsamer Vorschlag zur Anpassung des Churer Ladenöffnungsgesetzes (LOeG 420) entstanden.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb den Stadtrat auf:

1. Dem Gemeinderat rasch möglichst eine Teilrevision des Churer Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz LOeG) vorzulegen, welche wie folgt aussieht:

Art. 4 Montag bis Freitag

Von Montag bis Freitag können die Geschäfte zwischen
06.00 – 20.00 Uhr geöffnet sein
(damit entfällt der bisherige Artikel 5)

Art. 6 Samstag, Vorabende zu Ruhe- und Feiertagen

Am Samstag sowie an Vorabenden von öffentlichen Ruhetagen und hohen Feiertagen können die Geschäfte von 06.00 – 18.00 Uhr geöffnet sein.

Art. 9 Verkaufssonntage

An zwei frei zu wählenden Sonntagen im Jahr kann der Stadtrat den Geschäften das Offenhalten von 12.00 – 18.00 Uhr bewilligen.

2. Dem Gemeinderat ist zu beantragen, dass der Beschluss (39/2010; 411.01) der Gemeinderatssitzung vom 11. November 2010, aufzuheben sei.

Chur, 16. Dezember 2010

Thomas Hensel

[Handwritten signatures and initials at the bottom of the page, including "F.H.", "S. Müller", "B. Müller", and others.]

Eingereicht anlässlich der Gemeinderatssitzung
vom 16. Dezember 2010

Christian Durisch
Gemeinderat SVP

M. Frauenfelder, Stadtschreiber



AUFTRAG

Selbständige Gesellschaften der Stadt Chur – Öffnung zur Beteiligung durch Dritte

Die Stadt Chur ist Eigentümerin von verschiedenen Gesellschaften mit einem Beteiligungsanteil von bis zu 100 %. Alle die nachstehend aufgeführten Beteiligungen sind mindestens Mehrheitsbeteiligungen.

- IBC Energie Wasser Chur
- Stadtbus Chur AG
- Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur

Bei der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt Chur drängt sich auf, dass diese Gesellschaften oder Genossenschaften für Dritte im Sinne einer Mitbeteiligung geöffnet werden. Die Mittelbeschaffung mit Beteiligung Dritter unter Wahrung der Mehrheit für die Stadt Chur dürfte ein bedeutender Weg für zukünftige Investitionen darstellen und das die Mittel entsprechend zweckgebunden verwendet werden.

Der Stadtrat von Chur wird beauftragt die nachstehenden Aufträge zu überprüfen und dem Gemeinderat bis Ende Juni 2011 Bericht zu erstatten und die Möglichkeiten der Öffnung der Gesellschaften für Dritte mit der Bekanntgabe von Varianten (Kapitalbeteiligung mit Ausgabe von Partizipationsscheinen, Aktien, Genossenschaftsscheinen u.a.m.) zu präsentieren.

- a) Mitbeteiligung von Dritten am Gesellschaftskapital der IBC Energie Wasser Chur
- b) Mitbeteiligung von Dritten am Aktienkapital der Stadtbus Chur AG
- c) Mitbeteiligung von Dritten am Genossenschaftskapital der Wohnbaugenossenschaft der Stadt Chur

Für den Auftrag:



Christian Durisch

Chur, 16. Dezember 2010

Christian Durisch
Gemeinderat SVP


M. Frauenfelder, Stadtschreiber

INTERPELLATION

Kreisel Obertor

Bereits heute zeigt sich, dass die Verkehrsabläufe im Zusammenhang mit dem neueröffneten Kreisel am Obertor nicht optimal sind, ja teilweise gar nicht funktionieren.

Die bereits in der Behandlung des Geschäftes Kreisel Obertor vorgebrachten Vorbehalte bestätigen sich bereits heute.

Damit mit dem zusätzlichen geplanten und budgetierten Kreisel Rosenhügel nicht eine unnötige Investition getätigt wird, möchte der Stadtrat von Chur was folgt überprüfen und zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen.

- Sind die Verkehrsabläufe auf dem Obertor gemäss jetzigem Stand endgültig?
- Was für eine Beurteilung kann der Stadtrat und die Polizei Stand heute machen?
- Teilt der Stadtrat die Meinung, dass das Problem am Kreisel Obertor sofort und unabhängig von der zukünftigen Regelung „Projekt Rosenhügel“ gelöst werden muss?
- Geht der Stadtrat mit mir einig, dass das Projekt Rosenhügel solange zurückgestellt werden sollte bis genügend Erfahrungen mit einem funktionierenden Kreisel Obertor gemacht worden sind?
- Ist der Stadtrat bereit, das Projekt „Durchstich Welschdörfl“ einer erneuten Überprüfung zu unterziehen?

Chur, 4. Dezember 2010 / Christian Durisch

